

sind dem Verletzten einige Zähne und das Nasenbein eingeschlagen und die Kinnlade gesprengt. Festgestellt ist, daß an der Stelle, wo der Raub vollführt wurde, die Gaslaterne schon vor 10 Uhr ausgelöscht war, und daß an der betreffenden Stelle vor Vollführung des Raubes Mannspersonen auf- und abgehend gesehen worden sind. Von der Staatsanwaltschaft in Pirna ist die Einleitung des Criminalverfahrens gegen sämtliche Directoren und mehrere Unterbeamte der Pirnaer Bank eingeleitet worden.

Zur Warnung! Am vergangenen Montag verunglückte in Niederlangenau bei Brand der 22 Jahre alte unverheiratete Bergarbeiter Eduard Dietrich dadurch, daß er beim Einlegen des Getraides in eine Handdreschmaschine des Gutsbesizers Wüstner, bei welchem er arbeitete, mit der Hand in die Maschine kam. Dem Unglücklichen ward der rechte Unterarm abgerissen. Noch ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob der Arme am Leben erhalten werden kann.

7. Landtagswoche.

± So aufregend die Verhandlungen der zweiten Kammer in der 6. Landtagswoche gewesen, so ruhig wickelten sie sich in dieser ab. Zwar war der Walter'sche Antrag, welcher in der Sitzung vom 25. Novbr. beraten wurde, und demzufolge bei künftigen Landtagen nach Konstituierung derselben und nach der Wahl der Deputationen eine Vertagung allgemeiner Verhandlungen auf 4 Wochen eintreten sollte, geeignet zu lebhaften Verhandlungen, allein trotzdem eine Reihe Redner zur Sache sprach, verlief die Angelegenheit doch glimpflich genug. Ein Gemisch vom Walter'schen mit einem Antrag des Abg. Petri, dann ein ähnlicher Antrag des Abg. Kresschmar wurden sämtlich der Ersten Kammer zur übereinstimmenden Beschlußfassung über einige Verfassungsänderungen überwiesen. Zur Sache sprachen die Abgg. Walter in Begründung seines Antrages und Petri, der es für die Mitglieder der Kammer selbst drückend erklärte, daß sie in der ersten Woche ihre Thätigkeit ganz außerordentlich beschränken müßten, und sich damit dem ungünstigen Urtheil des Landes ausgesetzt sähen. Im Grunde aber hielt der Abg. dafür, daß die Angelegenheit reiflicher Ueberlegung bedürfe, damit nicht nur scheinbare Erfolge erzielt würden. Auch der Vermittelungsantrag des Abg. Kresschmar geht von dieser Ansicht aus. Staatsminister Freiherr v. Friesen machte auf die Widersprüche der gestellten Anträge mit der Verfassungsurkunde und der Landtagsordnung aufmerksam, wie er denn der Ansicht ist, daß nicht jedesmal die Finanzdeputation mit Arbeiten überbürdet sein würde, wie diesmal. Dann würde auch die Thätigkeit des Landtages von vornherein eine geregeltere sein. Die Regierung halte an der Absicht fest, den Landtag so zeitig als möglich einzuberufen. Auf eine Anmerkung des Abg. Biedermann über das gleichzeitige Taggen von Landtag und Reichstag bemerkte dann noch der Herr Minister: „Im Allgemeinen glaube er versichern zu können, daß im Bundesrath die große Geneigtheit herrsche, eine Bestimmung darüber zu treffen, wie künftigt das Zusammentreffen von Reichstag und Landtagen verhütet werden könne. Dies sei nur dadurch möglich, daß das Rechnungsjahr abgeändert werde; darüber, ob dies in Bezug auf das Reich geschehen solle, sei noch kein Beschluß gefaßt worden. Die sächsische Regierung habe sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß wenn es nicht im Reiche geschehe, in den Einzelstaaten eine Aenderung der Budgetperioden werde eintreten müssen, indes ein bestimmter Beschluß sei, wie gesagt, noch nicht gefaßt.“ Seine eigene Ansicht verfocht der Abg. v. Einsiedel dahin, daß die wohlgemeinten Anträge, welche auf Abführung der Landtage hingingen, doch nichts fruchten

würden. Es war früher so, ist heute noch so; denn der Mensch wird alt und wieder jung und hofft immer auf Besserung, aber es wird immer nichts. Die Abgeordneten sollten mehr am Plage sein, nicht so viel die Eisenbahn-Freikarten benutzen, dann würde mehr fertig werden. Mit diesen am Ende nicht ganz unwarren Worten schloß die Verhandlung. Vorher war der Reichner'sche Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, welches das Einweisen und Zuführen von den fließenden Gewässern schädlichen und diese verunreinigenden Stoffen bei Strafe untersagt, nach eingehenden Verhandlungen zur Berathung an die 3. Deputation verwiesen worden. Zum Schluß erfolgte noch eine den ursprünglichen Besitzern der zum Schanzbau 1866 verwendeten Grundstücke günstige Entscheidung der Kammer, insofern sie oder deren Erben dieselben gegen die empfangene Entschädigungsgebühr zurückhalten können. — In der Sitzung vom 27. Novbr. kam ein Nachtrag zum Staatsdieneregesetz zur Verhandlung und Annahme, betreffend die Berechnung der Civildienstzeit bei Staatsdienern, welche im Militärdienst gestanden. Nach demselben werden Geistlichen und Lehrern die etwa im Militärdienst verwendeten Jahre ebenfalls bei ihrer Pensionierung in Anrechnung gebracht. Beschlossen wurde auch, die Regierung um ein die Pensionierung der Staatsdiener, Geistlichen und Lehrer möglichst gleichwichtig behandelnden Gesetz zu ersuchen.

Aus der einen und einzigen Sitzung, welche die Erste Kammer am letzten Tage der Woche abhielt, ist nur so viel zu berichten, daß sie zur Zurücknahme des vorjährigen ablehnenden Beschlusses der Kammer in Sachen der Verfassungsreform führte. Man wird sich erinnern, daß die Herren Graf Hohenthal, v. Erdmannsdorf, v. d. Planitz u. d. d. damals die Reform für unnöthig hielten und daß in der Thronrede ein Bedauern und eine Rüge über das Nichtzustandekommen derselben ausgedrückt wurde. Was dann noch u. A. über den beabsichtigt gewesenen Rücktritt des Herrn v. Zehmen von seinem Präsidentenamt verlautete, beruhte nur auf Vermuthungen. Gewiß ist, daß heute nur noch die Herren v. Wagdorf, Graf Rex und v. Reysig gegen die Einführung der freien Präsidentenwahl der zweiten Kammer u. dgl. stimmten. Letzterer hatte geäußert, daß man sich hüten müsse, an der Verfassung zu rütteln und Staatsminister v. Rostiz-Balwitz darauf geantwortet, daß man allerdings an dem Stamm nicht rütteln dürfe, aber daß man, um ihn gesund zu erhalten, dürre Aeste beseitigen müsse. Noch ist zu erwähnen, daß in derselben Sitzung Prinz Georg an Stelle des natürlich ausgeschiedenen Königs Albert in die Finanzdeputation gewählt wurde.

Zur Reichstags-Wahl.

Unter dieser Rubrik gedenken wir bis zur erfolgten Wahl die für unsern Bezirk wichtigsten darauf bezüglichen Mittheilungen zu geben und bitten um freundliche Unterstützung aus allen den Ortschaften, in denen unser Blatt verbreitet. Es gilt diesmal die Wahl von Männern, die gewillt sind, die Reichsregierung ohne Preisgabe der freihellen Forderungen zu unterstützen in dem Kampfe gegen das deutschfeindliche Römerthum, das wieder seine geißbannende Geißel wie einst über Deutschland schwingen möchte. Im Bunde mit diesen schwarzen Feinden des Reiches stehen, allerdings noch ganz andere Ziele verfolgend, die ebenso verderblich für deutsches Land und Volk werden würden, die faßsam bekannten rothen Gegner, wie sie sich ja selbst mit Vorliebe nennen, welche unsern Bezirk schon als für sich gesichert zu betrachten scheinen. Die Wähler, denen die gesunde Entwicklung unserer Zustände am Herzen liegt, wissen nun, was sie zu thun haben! Hoffentlich läßt sich der

15. Reichstagswahlkreis in innigem Handinhandgehen von Stadt und Land auch diesmal den Ruhm nicht nehmen, wahrhaft patriotisch, wahrhaft deutsch zu wählen!

Durch kaiserliche Verordnung ist der Reichstag aufgelöst und der 10. Januar 1874 als Tag für die Neuwahlen anberaumt worden.

Unter dem Titel: „Der Reichstagswähler“ giebt der Schriftsteller Herr Karl Badewig in Dresden ein alle Freitage erscheinendes Blatt heraus, das im Postabonnement für den Monat December 6 Gr. kostet und der freisinnigen Wählerschaft ein unparteiisches Organ sein soll, bestimmt zur Mittheilung aller auf die Reichstagswahl bezüglichen Vorgänge. Auf Grund der vorliegenden ersten Nummer, die auch auf das Getriebe der socialdemokratischen Partei in Reichstagswahl-Angelegenheiten und die der heutigen Gesellschaft den Krieg ankündigenden wüthenden Auslassungen des „Volkstaat“ anlässlich der Wahl hinweist, empfehlen wir das Unternehmen Allen, die sich etwas mehr als für alltägliche Angelegenheiten für den bevorstehenden Wahlkampf interessieren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ueber den Gesundheitszustand des Kaisers meldete die „Prov. Corr.“: Der Kaiser konnte im Laufe der letzten Woche bei stetig fortschreitender Besserung sich mehr und mehr der Erledigung der Regierungsgeschäfte widmen und einzelne kürzere Vorträge seitens des Militär- und des Civilcabinetts entgegennehmen. Sr. Majestät wird sich jedoch noch einige Zeit hindurch eine gewisse Schonung auferlegen müssen.

Einen schlaun Schwachjug glaubten in voriger Woche die Ultramontanen im preussischen Abgeordnetenhaus auszuführen zu können. Sie hatten den zugleich darauf, sie in den Augen der großen Masse des Volkes als Vorkämpfer der Freiheit erscheinen zu lassen, berechneten Antrag auf Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts auch für die Wahlen zum Landtage eingebracht und glaubten dadurch der liberalen Partei einen empfindlichen Schlag zufügen zu können; denn stimmte diese für den an und für sich schon seit langem als ihre eigne Forderung bekannten Antrag, so kam sie in eine der Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat nicht günstige Stellung zur Regierung, welche gerade hierin zu stärken jetzt Aufgabe der Liberalen sein muß. Gelang diese Abstimmung nicht, so hofften sie doch dadurch eine Spaltung in den liberalen Parteien selbst herbeiführen zu können, die bei Abstimmungen u. dgl. doch immerhin der schlaun schwarzen Garde zu gute gekommen wäre; wurde beides nicht erreicht, so könnten sie immerhin noch in ihrer bekannten jesuitischen Deutungskunst dem Volke sagen, daß vom Liberalismus, da er solche Anträge verwerfe, nichts für die Freiheit zu erwarten sei. Die interessantesten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses haben gezeigt, daß die ersten beiden Voraussetzungen falsch gewesen und lassen entschieden hoffen, daß auch die letzte eine falsche ist. Die beiden geistreichsten Redner der National-Liberalen und der Fortschrittspartei, Lasler und Birchow, haben in ihren Erwiderungsreden auf die Verteidigungen des Antrags durch Bindhorst und Mallinckrodt, dementlich durch eine unerhört maßlose Urtheilsfällung über die Regierung in ihrem Kampfe gegen Rom sich hervorthat und aus neue die völlig deutschfeindlichen Bestrebungen der nur für Rom kämpfenden Centrumspartei aufs klarste ins Licht stellte, gezeigt, daß die große liberale Partei sich nicht durch solche scheinbar noch so schlaun angelegte Pläne fangen läßt; sie hat den Antrag keineswegs abgelehnt, sondern auf 6 Monate vertagt,